

Das letzte Wort hat der Oberlehrer

In Tübingen fürchten Examenskandidaten und Professoren die Rache eines Regierungsschuldirektors

Montag, neun Uhr. Die Frist ist abgelaufen. Noch eine Woche bis zur Staatsexamensprüfung. Die Politikstudentin Uschi Todenhöfer sitzt auf heißen Kohlen: Sie wartet auf die Zulassung zur Prüfung. Ihr Anwalt Martin Marx bleibt ruhig: „Ich wette, dass er sich mit einer Stunde Verspätung meldet. Vorher schreibe ich den Antrag auf einstweilige Verfügung nicht.“ Marx kennt das Geschäft: Um kurz nach zehn beugt sich Regierungsschuldirektor Edwin Staudacher dem Ultimatum des Anwalts und lässt telefonisch wissen, das Landeslehrerprüfungsamt erteile Frau Todenhöfer die Zulassung zur Prüfung.

Ohne Anwalt, da ist sich Uschi Todenhöfer sicher, hätte Staudacher sie ein weiteres Semester zur Uni geschickt. Denn bei Lehramtskandidaten entscheiden nicht nur die Professoren, ob sie reif fürs Examen sind. Das Landeslehrerprüfungsamt hat ein Wörtchen mitzureden. Normalerweise läuft das problemlos, denn die Behörden verlassen sich auf das Urteil der Professoren.

In Tübingen ist das anders. Immer wieder werden Examenskandidaten vom Prüfungsamt zurückgepfiffen. Sie müssen Scheine nachreichen oder noch ein Semester anhängen, weil ihre Leistungen der Behörde nicht ausreichend erscheinen. Uschi Todenhöfer hatte bei der Anmeldung zur Prüfung im Fach Politikwissenschaft alle vorgeschriebenen Scheine eingereicht: drei Hauptseminarscheine aus drei verschiedenen Gebieten. Aber Regierungsschuldirektor Staudacher, selbst Altphilologe, befand, dass zwei der drei Scheine nicht in das Gebiet gehörten, für das die Dozenten sie ausgestellt hatten. Nach der behördlichen Neu-

bewertung besaß die Studentin plötzlich zwei Scheine für den Bereich „Politische Systeme“, aber keinen mehr für „Außenpolitik der BRD“.

Die Studentin widersetzte sich Staudachers Forderung, einen weiteren Schein zu erwerben, und erhielt dabei Rückendeckung von ihrer Fakultät. Privatdozent Wolfgang Schumann nannte in einem dreiseitigen Schreiben die Einwände des Oberschulamts als „in der Sache unbegründet“ und beklagte den „grotesken Versuch des Landeslehrerprüfungsamts, aus Schlüsselwörtern in dem Titel einer Veranstaltung die Zuordnung zu einem der Bereiche unserer Disziplin abzuleiten“. Professor Rudolf Hrbek unterstützte schriftlich den Appell seines Kollegen, die Scheine „so anzuerkennen, wie sie aus gutem Grund von mir ausgestellt wurden“ - vergeblich. Staudacher beharrte bis zum Eingreifen des Anwalts auf seiner Forderung, vor der Zulassung müsse Frau Todenhöfer erst einen anderen Außenpolitik-Schein nachreichen.

Staatsdiener rebellieren nicht

Streit mit dem Oberschulamtsamt ist in Tübingen in der bereits 26jährigen Ära Staudacher fast schon die Regel. Das ist auch der Unileitung seit vielen Jahren bekannt - auch wegen zahlreicher Interventionen der Studentenvertretung. Es gab sogar Versuche, über das Kultusministerium mäßigend auf Staudacher einzuwirken. Weil der Effekt eher gegenteilig war, setzt die Uni seit langem auf Kooperation statt Konfrontation.

Jürgen Wertheimer ist da weniger zimperlich. Der Germanistikprofessor sprach Wissenschaftsminister Klaus von

Trotha auf Staudacher an: „Da gibt es einen Menschen am Oberschulamtsamt, der schon Generationen von Ordinarien zur Verzweiflung getrieben hat.“ Ein Geschichtsprofessor hält „den Mann für einen Despoten, wie er im Buche steht.“ Professor Hans-Peter Ullmann bemerkt trocken: „Mir hat man schon vor zehn Jahren versprochen, der Mann würde bald in Pension gehen.“ Zu einer formellen Beschwerde können sich die schimpfenden Professoren trotz allem nicht aufraffen. Die einen schreckt der Aufwand, die anderen fürchten die Rache des Regierungsschuldirektors. „Wir haben schon versucht, gegen Staudacher vorzugehen, aber es hat uns nur geschadet. Zwei Kollegen haben ihre Prüfungsberechtigung sofort verloren - ohne Angabe von Gründen. Das Ministerium deckt den Mann“, klagt ein Germanistikprofessor.

Vor den Studierenden schützt den Regierungsschuldirektor ein anderer Mechanismus: Viele Prüflinge beschreiben zwar seine Amtsführung als Willkürherrschaft. An mündliche Vereinbarungen erinnert er sich selten, wo das Gesetz ihn nicht bindet, entscheide er nach Lust und Laune, meist jedoch gegen die Betroffenen. Dennoch geben sie in der Regel klein bei, weil sie Rebellion nicht als gute Voraussetzung für die Übernahme in den Staatsdienst ansehen. Staudacher selbst ist zu einer Stellungnahme „aus Gründen der Diskretion“ nicht bereit. Studentenvertreter Daniel Lede-Abal hofft indes auf bessere Zeiten - und meint damit auch kürzere Studienzeiten: „Ein neuer Chef beim Oberschulamtsamt könnte mehr für schnelles Studium bringen als die Langzeitstudiengebühren des Wissenschaftsministers.“ *Boris Palmer*